

AUSGABE 4-2025
INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER
UND POLITIK



TV-L
**TARIF-
VERHANDLUNGEN:
WARNSTREIKS**

SEITE 04 ff.

**DBB BEAMTENBUND
INTERVIEW
ANDREAS HEMSING**

SEITE 09 ff.

**TERMINE UND
INFORMATIONEN
AUS DEN LÄNDERN**

SEITE 14 ff.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung.

Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.



Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen

Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
baufinanzierung@bbbanks.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind. Änderungen, Anpassungen oder die Einstellung des Angebots bleiben vorbehalten.

Themen

- Vorwort Bundesleitung 03
- Warnstreik in der Justiz 04
- Einfach erklärt: Der Ablauf einer Tarifverhandlung 07
- DJG Frauen trafen sich in Hannover 08
- Interview mit Andreas Hemsing 09
- Nachrufe Helmut Görtz 12
- Brandenburg: Interview mit Sabine Schudoma 14
- 75 Jahre DJG Niedersachsen 16
- Nordrhein-Westfalen 18
- Saarland 19
- Terminübersicht 2026 20

VORWORT



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ein bewegtes Jahr 2025 in der Justiz neigt sich dem Ende zu – ein Jahr, in dem die Deutsche Justiz-Gewerkschaft erneut eindrucksvoll bewiesen hat, wie unverzichtbar eine engagierte und gut vernetzte Fachgewerkschaft für die dritte Gewalt ist. Die vorliegende Ausgabe der DJG Notizen spiegelt dies auf vielfältige Weise wider: Von den Tarifverhandlungen über die Aktivitäten unserer Fachbereiche bis hin zu den Einblicken aus den Landesverbänden – überall zeigt sich, mit wie viel Herzblut und Beharrlichkeit Ihr Euch Tag für Tag für eine funktionierende Justiz einsetzt.

Ein besonderer Fokus dieser Ausgabe liegt auf der Einkommensrunde der Länder 2025/2026. Die Beiträge zum Ablauf der Tarifverhandlungen und das Interview mit dem dbb-Fachvorstand für Tarifpolitik, Andreas Hemsing, machen deutlich: Ohne den Druck aus der Fläche, ohne Warnstreiks und sichtbare Aktionen – etwa rund um die Justizministerkonferenz im Herbst 2025 – wird es keine angemessene Wertschätzung für die Beschäftigten in Geschäftsstellen, Serviceeinheiten, Wachtmeistereien sowie bei den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern geben. Diese Tarifrunde stellt eine entscheidende Weichenstellung dar, ob die Justiz im Wettbewerb um Fachkräfte überhaupt eine Chance hat.

Das Jahr 2025 hat zugleich gezeigt, wie eng tarifpolitische Fragen mit der Zukunftsfähigkeit der Justiz verknüpft sind. Die Diskussionen um Sparmaßnahmen haben verdeutlicht, wie schnell die Funktionsfähigkeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften aufs Spiel gesetzt werden, wenn der Rotstift wichtiger ist als der Rechtsstaat. Umso bedeutender sind die Erfolge, die durch entschlossenen Protest erzielt wurden – wie die Rücknahme geplanter Stellensperrungen in der Justiz Nordrhein-Westfalens.

Gleichzeitig treiben Digitalisierungsvorhaben, neue IT-Strukturen und Projekte wie die E-Akte den Wandel in den Häusern voran – eine Entwicklung, die nur gelingen kann, wenn Personalaufbau, Qualifizierung und moderne Arbeitsplätze nicht als Kostenfaktor, sondern als Investition in eine bürgerliche Justiz verstanden werden.

Stellvertretend für viele Aktivitäten im Bund und in den Ländern zeigt diese Ausgabe, wie vielfältig unsere DJG ist: 75 Jahre DJG Niedersachsen, lebendige Landesverbandstage, engagierte Fachbereichsarbeiten, Frauen- und Jugendstrukturen sowie konstruktive Gespräche mit Politik und Verwaltung – all das bildet das Rückgrat unserer DJG. Die neue steuerliche Besserstellung von Gewerkschaftsbeiträgen ab 2026 unterstreicht zudem, dass gewerkschaftliches Engagement politisch gewollt und gesellschaftlich notwendig ist – ein Signal, das wir gemeinsam nutzen sollten, um Kolleginnen und Kollegen von einer Mitgliedschaft zu überzeugen.

Zum Jahresende ist es Zeit, innezuhalten und Danke zu sagen: Danke für Euren täglichen Einsatz in einer Justiz, die vielerorts unter hoher Arbeitsbelastung, Personalmangel und steigendem Erwartungsdruck steht. Danke für Eure Bereitschaft, sich über das eigene Dienstzimmer hinaus gewerkschaftlich einzubringen – sei es in Aktionen, Gremien, Fachbereichen oder einfach als verlässliche Stimme vor Ort. Euch, Euren Familien und allen, die Euch nahestehen, wünschen wir im Namen der Bundesleitung eine friedvolle Weihnachtszeit, erholsame Tage und ein gutes, gesundes neues Jahr 2026. Möge es ein Jahr werden, in dem sich unser gemeinsamer Einsatz für eine starke, gut ausgestattete und gerechte Justiz sichtbar auszahlt.

Mit kollegialen Grüßen
Beatrix Schulze und Klaus Platten



09. Dezember 2025:

Warnstreik in der Justiz

Der 9. Dezember 2025 hat gezeigt, wie stark die Justiz ist, wenn die Beschäftigten gemeinsam aufstehen und sagen: **Bis hierhin und nicht weiter.**

In ganz Deutschland haben Kolleginnen und Kollegen in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizbehörden die Arbeit niedergelegt. Sie wollten damit deutlich machen: Ein fairer und angemessener Tarifabschluss ist keine Frage des guten Willens der Arbeitgeber, sondern eine Frage des Respekts vor unserer Arbeit. Wer den Rechtsstaat ernst nimmt, muss auch die Menschen ernst nehmen, die ihn jeden Tag am Laufen halten.

Bundesweit haben DJG-Mitglieder in den Landesverbänden mit aktiven Mittagspausen, Aktionstagen und lautstarken Kundgebungen den Druck erhöht. Transparente, Trillerpfeifen und Slogans – die Botschaft war überall dieselbe: Gute Justiz gibt es nicht zum Dumpingpreis. Die vielen Kolleginnen und Kollegen haben damit ein starkes Signal gesendet: **Die Geduld ist am Ende.**

Die ersten Verhandlungsrunden am 3. und 4. Dezember in Berlin mit der Tarifgemeinschaft der Länder blieben ergebnislos. Von den Arbeitgebern war keine Bewegung zu sehen. Die Aussichten waren trüb, genauso wie der Wind und Regen, die über die Plätze peitschten, auf denen sich die Beschäftigten am Dienstag versammelt hatten. Doch während andere vielleicht den Schirm geschlossen hätten, blieben unsere Leute. Sie wurden lauter, riefen Parolen und machten klar: Wir lassen uns nicht vom Regen oder von schlechten Angeboten am Verhandlungstisch

abschrecken. Dieses Durchhaltevermögen ist ein deutliches Zeichen an die Arbeitgeber, dass die Beschäftigten in der Justiz bereit sind, für ihre berechtigten Forderungen einzustehen.

In der Bundestarifkommission des dbb beamtenbund sitzen von der DJG die Kolleginnen Karen Altmann und Patricia Schreier. Sie kennen die Realität in Geschäftsstellen, Serviceeinheiten, Wachtmeistereien, der IT sowie im mittleren, gehobenen und höheren Dienst genau. Durch ihr Engagement vor Ort bringen sie die Themen ein, die euch bewegen: steigende Arbeitsbelastung, Personallücken, zunehmende Verfahrenskomplexität und die Frustration darüber, dass all das in der Bezahlung viel zu wenig berücksichtigt wird. **Deshalb ist die Forderung nach 7 % mehr Entgelt völlig gerechtfertigt.** Im Namen der Bundestarifkommission danken wir allen, die dabei waren, Plakate hochgehalten, Reden gehört, mitdiskutiert und Gesicht gezeigt haben.

Dieser Warnstreik war mehr als ein Signal – er war eine klare Ansage: Ohne die Beschäftigten der Justiz bewegt sich nichts. Jeder ausgefüllte Aktenstapel, jede eingehaltene Frist und jede laufende Hauptverhandlung lebt von eurer Leistung. Und genau diese Leistung muss sich auch im Geldbeutel zeigen. Die Verhandlungsführenden werden in den kommenden Runden ab Januar 2026 mit der Unterstützung dieses Tages auftreten und deutlich machen: Anerkennung heißt nicht nur Applaus, sondern bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und echte Perspektiven.

Karen Altmann
Stv. Bundesvorsitzende DJG
Mitglied der Verhandlungskommission



Bilder oben sowie die beiden oberen Bilder in der rechten Spalte:
Aktionstag und Warnstreik der DJG Landesverband Sachsen-Anhalt und des Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) Sachsen-Anhalt vor der JVA in Halle/Saale, u.a. mit der DJG-Landes- und Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze (Bild rechts, 2. v.l.)



Bild linke Spalte und Bild unten: DJG Landesverband Saarland streikt gemeinsam mit dem Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) vor dem Saarländischen Justizministerium in Saarbrücken mit Beteiligung des Landesvorstands der DJG Saar.



Bilder oben linke und rechte Spalte: Aktion des DJG Landesverbands Hamburg mit der Gewerkschaft der Bediensteten des Justizvollzuges und der Organisationseinheit Drehbahn der Justizbehörde Hamburg (LVHS) vor dem Oberlandesgericht Hamburg mit Jörg Osowski (Landesvorsitzender) und DJG-Mitglied Caroline S.



Bilder mitte linke und rechte Spalte: Aktion der DJG-Landesgewerkschaft Niedersachsen vor dem Amtsgericht in Hannover mit Beteiligung der beiden Landesvorsitzenden Torsten Lieberam (Bild links, 1.v.l.) und Bianca Korbanek (Bild links, 5. v.l.)



Bilder unten linke und rechte Spalte: Warnstreik des DJG Landesverbands vor dem Justizministerium NRW in Düsseldorf mit klaren Ansagen vom DBB NRW-Vorsitzenden Roland Staude und DJG-Landes- sowie Bundesvorsitzenden Klaus Platte

EINFACH ERKLÄRT: DER ABLAUF EINER TARIFVERHANDLUNG

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst folgen meist einem klaren Ablauf. Gewerkschaften und Arbeitgeber bereiten sich getrennt vor, formulieren ihre Forderungen und verhandeln in mehreren Runden. Dabei können Warnstreiks oder Schlichtungen helfen. Am Ende halten sie die Einigung schriftlich in einem neuen Tarifvertrag fest.

Wer verhandelt?

Auf der einen Seite stehen die Arbeitgeber, das sind einzelne Dienstherren oder Arbeitgeberverbände. Auf der anderen Seite sind die Gewerkschaften, die die Beschäftigten vertreten. In Deutschland gilt die Tarifautonomie. Das bedeutet: Beide Seiten verhandeln die Arbeitsbedingungen selbstständig, ohne staatliche Vorgaben zu Inhalt oder Ergebnis.

Im öffentlichen Dienst gibt es meist Manteltarifverträge. Diese regeln zum Beispiel Arbeitszeit und Urlaub. Außerdem gibt es Entgeltregelungen, die oft in denselben Verträgen stehen.

Start: Kündigung und Vorbereitung

Eine Tarifrunde beginnt meist damit, dass eine Seite Teile oder den ganzen bestehenden Tarifvertrag kündigt, wenn die Laufzeit abgelaufen ist. Ab diesem Zeitpunkt darf über die gekündigten Inhalte neu verhandelt werden. Ungekündigte Regelungen gelten weiter.

Gleichzeitig bereiten sich die Tarifparteien intern vor. Bei den Gewerkschaften legt eine Tarifkommission fest, welche Forderungen gestellt werden sollen. Das betrifft zum Beispiel Entgelt, Arbeitszeit oder Urlaub.

Die Forderungen der Gewerkschaften

Die Tarifkommission beschließt offiziell die Forderungen. Das passiert oft nach intensiven Diskussionen und mit Beteiligung von Mitgliedern und Branchen. Sind die Forderungen festgelegt, werden sie öffentlich bekanntgegeben. Das geschieht oft schon vor dem Ende des alten Vertrags, damit Beschäftigte und Öffentlichkeit früh informiert sind.

Auf dieser Grundlage verhandeln die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern. Die Arbeitgeber haben meist eigene Ziele, zum Beispiel Kostenbegrenzungen und Vorstellungen zur Laufzeit des neuen Vertrags.

Verhandlungsrunden und Streiks

Die Tarifparteien vereinbaren mehrere Verhandlungsrunden. Diese können sich über Wochen oder Monate hinziehen. Wenn die Gespräche nicht vorankommen, können die Gewerkschaften nach Ablauf der Friedenspflicht zu Warnstreiks aufrufen. So wollen sie Druck machen.

Wenn die Fronten sehr festgefahren sind, können beide Seiten die Verhandlungen für gescheitert erklären. Dann ist ein unbefristeter Streik möglich. Darüber entscheiden die Gewerkschaftsmitglieder in einer Urabstimmung.

Schlichtung als Ausweg

Um wieder an den Verhandlungstisch zu kommen, können die Tarifparteien eine Schlichtung vereinbaren oder auf eine bereits bestehende Schlichtungsvereinbarung zurückgreifen. Dabei arbeitet eine paritätisch besetzte Schlichtungskommission einen Vorschlag aus. Dieser wird Einigungsempfehlung oder „Schlichterspruch“ genannt.

Der Vorschlag ist rechtlich nicht bindend. Er dient aber als Grundlage, damit die Tarifparteien erneut verhandeln und versuchen, einen Kompromiss zu finden.

Die Tarifeinigung

Am Ende steht idealerweise eine Tarifeinigung. Darin werden unter anderem Entgelterhöhungen, mögliche Sockel- oder Mindestbeträge, Leermonate und die Laufzeit des neuen Vertrags festgelegt. Danach wird der Text in der sogenannten Redaktion juristisch und sprachlich ausgearbeitet. Anschließend wird er unterschrieben und damit rechtsverbindlich – meist mit Wirkung rückwirkend zum Ende der alten Laufzeit.

Im öffentlichen Dienst folgen oft noch politische Schritte. Zum Beispiel, wenn das Tarifergebnis auf Beamten, Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden soll. So profitieren alle Beschäftigtengruppen von der Einkommensrunde.

Quelle:
staatklar Magazin für junge Menschen im öffentlichen Dienst,
Newsletter vom 03.11.2025

DJG FRAUEN: AUSTAUSCH, DER BEWEGT.

Immer wieder höre ich: „Wir freuen uns das ganze Jahr darauf, alle wiederzusehen.“ Und tatsächlich war es im Oktober wieder so weit: Die DJG Frauen Bund – die Landesfrauenvertreterinnen aus allen Bundesländern – trafen sich in Hannover zu ihrer diesjährigen Präsenzsitzung.

In unserem Austausch beleuchteten wir verschiedenen Themen:

- Fortschritt bei der E-Akte und deren praktische Umsetzung,
- Personalpolitik, Nachwuchsgewinnung und Mitarbeitererhaltung, besonders im Hinblick auf ältere Kolleginnen und Kollegen sowie deren Gesundheit,
- Projekte in der Justiz wie Künstliche Intelligenz und ChatGPT,
- Flexible Arbeitszeitmodelle, darunter Mobile Arbeit und Telearbeit,
- Benefits, Umgang mit sexueller Belästigung, Sonderurlaub für erkrankte Kinder – mit einem Vergleich zwischen Bund und Länder
- sowie den aktuellen Stand zur Pebbsy-Neuerhebung.

Seite 8

..... ANZEIGE

Starke Gemeinschaft seit Generationen:

Was macht eine gute Krankenversicherung aus?
Dass sie stark ist, wenn es darauf ankommt.

Was ist wirklich wichtig bei einem Krankenversicherer, dem Menschen ihre Gesundheit anvertrauen? Er sollte ein zuverlässiger Partner sein, der in schwierigen Zeiten eine optimale Versorgung bietet und bei dem die Gesundheit seiner Mitglieder an erster Stelle steht, damit Versicherte schnell wieder auf die Beine kommen, wenn eine Krankheit sie aus der Bahn wirft.

Die Debeka ist eine Gemeinschaft, die stark ist, wenn es darauf ankommt. Dies hat Tradition bei dem genossenschaftlich organisierten Versicherer, der bereits vor 120 Jahren von Beamten für Beamte gegründet wurde. Dieser Gemeinschaftsgedanke wird von Generation zu Generation weitergegeben und gelebt. Diese Philosophie und die besonderen Leistungen für ihre Mitglieder überzeugen regelmäßig unabhängige Analysten, wie zum Beispiel das Handelsblatt, das die Debeka mit Platz 1 als bester Krankenversicherer 2025 mit einem Gütesiegel ausgezeichnet hat.

Zu einer starken Gemeinschaft gehören Modelle, die steigende Gesundheitskosten für ihre Mitglieder abfedern. Eine Möglichkeit ist es, kostenbewusstes Verhalten zu belohnen: Die Debeka erstattet bis zu zwei Monatsbeiträge zurück, wenn in einem Jahr keine Leistungen in Anspruch genommen wurden. Eine weitere Option ist, Treue zu honorieren. Dies geschieht, indem ein Teil der Beiträge als Alterungsrückstellungen zurückgelegt wird, damit im Alter die Beiträge stabiler bleiben.

Darüber hinaus tauschten wir uns intensiv über die Details des dbb Bundesfrauenkongresses 2026 aus – von der Delegiertenwahl über die Zeitplanung bis hin zur Organisation und allen weiteren wichtigen Aspekten. Gemeinsam erarbeiteten wir eine vielfältige Sammlung von 30 Forderungen, die von A wie Anerkennung von Pflegezeiten über Digitalisierung, Homeoffice, Nachwuchsförderung und Schutz vor (sexueller) Gewalt bis hin zu V wie Vaterschaftsurlaub und W wie Weltfrauentag reichen.

Und natürlich kam der Spaß nicht zu kurz: Ein herzliches Dankeschön an Sandra für den wunderbaren Stadtrundgang, der uns mit spannenden Einblicken in die Geschichte Hannovers bereicherte.



Debeka

Das Füreinander zählt.

Was zeichnet einen Krankenversicherer aus, der Wert darauf legt, seine Mitglieder zu schützen? Er investiert in Angebote, die die Gesundheit seiner Mitglieder erhalten oder verbessern und bietet exklusive Leistungen, wie etwa Vorsorge, Gesundheitsprogramme, neue Untersuchungsmethoden, Gesundheits-Apps sowie besondere Angebote – beispielsweise bei Kinderwunsch, Schwangerschaft oder Augengesundheit.

Eine starke Gemeinschaft lebt davon, dass ihre Mitglieder füreinander da sind und effektiv helfen, wenn es darauf ankommt. Das war schon vor 120 Jahren so, als die Debeka gegründet wurde: Damals konnte eine Krankheit den finanziellen Ruin bedeuten. Um dies zu vermeiden, gründeten 27 Kommunalbeamte einen Krankenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Jedes Mitglied zahlt einen Beitrag in die Gemeinschaftskasse und erhält daraus schnell finanzielle Hilfe, wenn Krankheitskosten anfallen, um vor „augenblicklicher Not“ geschützt zu sein.

Gegenseitige, wirkungsvolle Unterstützung in Krisenzeiten und das Ziel, die Gesundheit der Versicherten, die gleichzeitig Mitglieder des Versicherungsvereins sind, zu erhalten oder wiederherzustellen, sind Werte, die seitdem von Generation zu Generation bei der Debeka weitergegeben werden – bis heute.



Interview: **Andreas Hemsing**

Seite 09

Die DJG Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze und Klaus Platte nutzen die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Andreas Hemsing im Rahmen der aktuell laufenden Tarifverhandlungen TV-L 2025/26.

DJG: Das Jahr 2025 ist von deutlichen Preisanstiegen und Reallohnverlusten geprägt. Bilden die an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gerichteten Kernforderungen die Schließung der finanziellen Lücke - unter Berücksichtigung weiterer Anstiege in 2026 - aus ihrer Sicht hinreichend ab?

Entscheidend wird sein, dass das Tarifergebnis die Bedürfnisse unserer Mitglieder möglichst weitgehend abbildet. Forderungen, die allen gefallen, sind schnell formuliert. Unsere Forderungen sind das Ergebnis ausführlicher Diskussionen, zum Beispiel im Rahmen unserer Regionalkonferenzen. Jetzt ist die Forderungsfindung vorbei und wir sind in der Phase der Forderungsdurchsetzung. Hier müssen unsere Fachgewerkschaften, zum Beispiel die DJG und hier muss jedes einzelne betroffene Mitglied mithelfen.

DJG: Wie reagieren die Arbeitgeberseite und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) bislang auf die Forderungen bei den laufenden Tarifverhandlungen? Gibt es erste Einschätzungen oder Signale? Oder ist mit einer längeren Tarifauseinandersetzung zu rechnen?

Direkt nach unserem Forderungsbeschluss hat die TdL - völlig erwartbar - eine Pressemeldung herausgegeben. Darin wurden unsere Forderungen als „nicht zu verantworten“ und als „astronomisch“ abgetan. Das war wenig überraschend und hat sich auch am 3. Dezember zum Verhandlungsaufakt so fortgesetzt. Dort hat die Tarifgemeinschaft diese Aussagen im Grunde wiederholt und kein Vorschlag oder Angebot gemacht, mit dem wir gemeinsam weiterkommen. Wie es bis Mitte Februar nächsten Jahres weitergeht, ist schwer vorherzusagen, hängt aber auch, wie ich eben schon andeutete, von unserer Aktionsfähigkeit ab.

DJG: Die Laufzeit der Tarifeinigung soll laut Gewerkschaftsforderung auf nur 12 Monate begrenzt werden. Gibt das den Arbeitgebern ausreichend Planungssicherheit für die anstehenden Haushaltsdebatten mit Blick auf 2027 ff.?

Die Planungssicherheit der Länder ist nicht unsere Verantwortung. 12 Monate geben für 12 Monate Planungssicherheit, 24 Monate geben für 24 Monate Sicherheit. Wenn die Länder eine Planungssicherheit für einen längeren Zeitraum machen, hat das seinen Preis. Wir fordern 12 Monate, um reaktionsfähig zu sein. Wenn die Länder hier etwas anderes wollen, kostet das.

DJG: Die Streikmaßnahmen stoßen in der Bevölkerung nicht nur auf Zustimmung. a) Wie begegnet die dbb-Führung Kritik aus Politik und vor allem der Öffentlichkeit und

b) wie bringen Sie die in dieser Argumentation die Interessen der Justizbeschäftigte ein?

Streiks müssen spürbar sein und jeglicher Unmut lässt sich nicht verhindern. Gleichwohl ist es notwendig, bei den Bürgerinnen und Bürgern für unsere berechtigten Anliegen zu werben. Die Menschen wollen Sicherheit, Bildung, Pflege und eine funktionierende Infrastruktur und sie wissen auch, dass die Menschen, die das alles sicherstellen, gut ausgebildet sind und nicht in Massen auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind. Für die speziellen Gewerke sollte natürlich auch die jeweilige Fachgewerkschaft werben. Auch das ist eine gemeinsame Aufgabe.

DJG: Investitionen in neue Mitarbeitende sind personell und finanziell immer ein Kraftakt. Umso mehr müsste dem Arbeitgeber daran gelegen sein, mühsam gewonnene Kräfte zu binden. Stattdessen läuft man Gefahr, durch die Unterschiede zwischen TV-öD und TV-L Abwanderungen innerhalb des ÖD zu riskieren. Sehen die Länder das nicht?

Die Länder sehen das leider nicht so. Die TdL hat über Jahre hinweg eine Tarifpolitik nach dem unschönen Motto „Geiz ist geil“ gemacht. Wir sitzen in Potsdam nicht den Kultus- oder Justizministern gegenüber, sondern den Finanzministern, deren Gestaltungswillen ist zuletzt überschaubar gewesen. Aber richtig ist natürlich aus unserer Sicht, dass die Unterschiede zwischen TVöD und TV-L nicht hilfreich sind, denn sich gegenseitig die Fachkräfte abzuwerben, macht den

öffentlichen Dienst nicht besser. Dass es jedoch in einer absehbaren Zeit zu einer „tarifpolitischen Wiedervereinigung“ von Bund, Ländern und Gemeinden kommt, halte ich für unwahrscheinlich.

DJG: Lineare Erhöhungen des Tabellenentgelts sind für die Beschäftigten perspektivisch wichtig. Sieht die Arbeitgeberseite das auch oder wird wieder ein Vorschlag betreffend einmaliger Zahlungen erwartet?

Darüber spekuliere ich nicht. Unsere Forderung liegt auf dem Tisch. Natürlich ist die auf Nachhaltigkeit und langfristige Wirksamkeit aus. Ob es in Potsdam im Laufe der Verhandlungen zu einem derartigen Angebot der Arbeitgeber kommt, ist nicht auszuschließen. Wir wollen das nicht, aber es kommt am Ende auf das Gesamtpaket an, um einen tragfähigen Kompromiss zu schmieden.

DJG: Übergangsregelungen werden mit Blick auf die Reformen wie die stufengleiche Höhergruppierung und die Reform der Entgeltordnung gefordert: So erwartet der dbb, dass im Zuge einer Vergütungsreform echte Übergangsmechanismen greifen, insbesondere bei neuen Eingruppierungs- und Stufenmodellen. Über welchen Zeithorizont muss man da sprechen?

Bevor wir zu der Thematik über Zielhorizonte sprechen könnten, brauchen wir erst mal die Bereitschaft der Arbeitgeber Länder, hierzu in verbindliche Gespräche und Verhandlungen einzusteigen. Dies ist bisher leider immer ausgeschlagen worden, wie in der Forderung formuliert, erwarten wir, dass es zu einer Vereinbarung zur Neugestaltung der Eingruppierungsregelungen im Anschluss an diese Einkommensrunde kommt.

DJG: Die Übertragung der Tarifergebnisse auf die verbeamten Kräfte wird seitens des dbb auch bereits jetzt im Vorfeld vertreten. Haben Sie diesbezüglich Sorgen u.a. aufgrund der zuletzt in der Politik geführten Debatten zum Beamtentum?

Natürlich haben wir diesbezüglich große Sorgen. Die Aussagen von Ministerpräsident Söder

**dbb
beamtenbund
und tarifunion**



V.l.n.r.:
Volker Geyer (dbb), Karen Altmann (DJG NRW), Patricia Schreier (DJG Brandenburg) und Andreas Hemsing (dbb) / Foto: (c) Friedhelm Windmüller

oder Ministerpräsident Rhein sind ebenso negativ wie deutlich. Wenn nun Vertreter zweier eher wohlhabender Länder auf diese Weise vorpreschen, werden sich andere Länder voraussichtlich anschließen. Von daher ist die Einkommensrunde auch dieses Mal noch längst nicht rum, wenn die Tarifrunde in Potsdam beendet sein wird. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landes- und Kommunalbeamten ist weniger, denn je eine Selbstverständlichkeit. Auch sie wird von uns – mit unseren Landesbünden – zu erkämpfen sein.

DJG: Wie kann der öffentliche Dienst, speziell hier die Justiz, attraktiver für Nachwuchskräfte und Fachpersonal bleiben – auch angesichts von demografischem Wandel und Konkurrenz durch andere Berufsfelder?

Das ist sicherlich eine vielfältige Aufgabe und sie ist auch nicht allein am Tariftisch zu lösen. Aber natürlich ist es unser Ziel, mit einer attraktiveren und lebensnäheren Eingruppierung die Konkurrenzfähigkeit zu verbessern. Starke Betriebs- und Personalräte sind ebenfalls wichtig. Darüber hinaus muss es uns gemeinsam gelingen, Politik, Bürger und auch Medien davon zu überzeugen, dass der öffentliche Dienst als Rückgrat unseres demokratischen Gemeinwesens ausreichend ausgestattet werden muss. Zudem sollten wir positive Aspekte, wie z. B. die sinnstiftende Tätigkeit für das Gemeinwohl der Gesellschaft, immer wieder hervorheben.

DJG: Welche Reformen und politischen Impulse sind aus Sicht des dbb notwendig, damit der öffentliche Dienst seiner gesellschaftlichen Verantwortung heute und in Zukunft gerecht bleibt und vor allem das verlorene gegangene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den öffentlichen Dienst zurückgewinnt?

Wie gesagt, auch gute Tarifpolitik kann helfen, den öffentlichen Dienst handlungsfähiger zu machen. Ich denke, die Frage zielt aber eher auf das notwendige Handeln der Politik ab. Da gilt es, den Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern und auch von der Wirtschaft Rechnung zu tragen und den öffentlichen Dienst, die Kolleginnen und Kollegen in die Lage zu versetzen, diese auch umzusetzen. An erster Stelle ist hier sicherlich eine schneller Umsetzung der Digitalisierung in den Behörden zu nennen. Viele weitere Details sind den Publikationen des dbb beamtenbund und tarifunion zu entnehmen und würden das Thema und das Format hier sprengen.

Vielen Dank, lieber Andreas Hemsing für die Zeit zur Beantwortung unserer Fragen. Wir sind voller Erwartung, was die Tarifrunde aktuell an Ergebnissen bringen wird und bedanken uns in jedem Fall für Ihr Engagement und Ihren Einsatz für die Landesbeschäftigte.

Beatrix Schulze
Bundesvorsitzende

Klaus Platte
Bundesvorsitzender



Andreas Hemsing

Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik
dbb beamtenbund und tarifunion

Fachgewerkschaft komba gewerkschaft

- Mitglied der komba gewerkschaft
- 2014 bis 2017 stellvertretender Bundesvorsitzender
- 2017 bis 2025 Bundesvorsitzender

dbb beamtenbund und tarifunion

- seit 2012 stellvertretender Vorsitzender der Bundestarifkommission
- 2022 bis 2025 Stellvertretender Bundesvorsitzender
- seit 2025 Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb

Nachrufe Helmut Görtz

Mit großer Bestürzung und tiefer Trauer nimmt die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Abschied von ihrem Ehrenvorsitzenden Helmut Görtz, der am 22. November 2025 von uns gegangen ist. Sein gewerkschaftliches Lebenswerk und sein unbeirrbares Engagement für den Justizdienst bleiben unvergessen.

Als Vorsitzender des Landesvorstands führte Helmut die Deutsche Justiz-Gewerkschaft NRW über zwei Jahrzehnte lang, vom 27. Oktober 1988 bis 2008, mit Weitsicht, Herz und Energie. Während dieser Zeit prägte er die gewerkschaftliche Arbeit entscheidend, setzte Maßstäbe im Ringen für bessere Arbeitsbedingungen und eine starke Interessenvertretung für die Justizbeschäftigte. Am 10. April 2008 ehrte ihn die DJG beim Gewerkschaftstag in Königswinter auf dem Thomasberg mit der Ernennung zum Ehrenvorsitzenden – eine Auszeichnung, die seinen unermüdlichen Einsatz würdigte. Für seine außergewöhnlichen Verdienste wurde Helmut am 18. März 1999 das Verdienstkreuz am Bande verliehen. Sein solidarisches Wirken kannte keine Landesgrenzen: Besonders nach der Deutschen Wiedervereinigung unterstützte er den Aufbau der Justiz-Gewerkschaft in Brandenburg und leistete so einen nachhaltigen Beitrag zur gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Über viele Jahrzehnte hinweg war Helmut der DJG leidenschaftlich verbunden – als Streiter, Ideengeber, Ratgeber und Freund. Sein Wirken reicht weit über Nordrhein-Westfalen hinaus, sein Geist und sein Vorbild bleiben Teil unserer Gemeinschaft. Unsere tiefempfundene Trauer und unser Mitgefühl gelten in diesen schweren Tagen seiner Familie und allen, die ihm nahestanden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten und sein Lebenswerk in unserem täglichen Tun weitertragen.

DJG NRW
Landesvorstand



Durch die Deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 und die Tatsache, dass Nordrhein-Westfalen unser Partnerland wurde, stellte sich Helmut Görtz als Vorsitzender des Landesvorstandes der Deutschen Justiz-Gewerkschaft NRW bei uns vor. Er erläuterte uns nicht nur den tieferen Sinn und die Bedeutung der Gründung eines eigenen Landesverbandes, sondern betonte auch deren dringende Notwendigkeit. Obwohl die Gewerkschaftsverdrossenheit unter den Justizbediensteten damals sehr ausgeprägt war und wir keinerlei Gewerkschaftserfahrung hatten, überwog die Einsicht in das Erfordernis. Helmut Görtz' Engagement und sein streitbarer Einsatz zum Wohle der Mitglieder überzeugten. Ich bewunderte seine Redegewandtheit sowie seine unumstößliche Beständigkeit und Standhaftigkeit, die ich bei Bundeshauptvorstandssitzungen häufig miterleben durfte. So gründete sich mit seiner Hilfe unser Landesverband am 3. November 1990 in Potsdam. Helmut gab uns Mut, Zuversicht und stärkte unser Vertrauen in die Kraft des gewerkschaftlichen Zusammenhalts und Miteinanders. Besonders auffallend und wohltuend war sein respektvoller Umgang und die Achtung, die er uns entgegenbrachte. Durch seine Unterstützung und Hilfe in den ersten Jahren unseres Bestehens konnten wir uns zu einem selbstbewussten und respektierten Gesprächs- und Verhandlungspartner entwickeln.

Der Landesverband Brandenburg verneigt sich mit Respekt und Dankbarkeit vor Helmut Görtz. Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt seinen Angehörigen und Freunden. Wir werden ihn als engagierten Gewerkschafter und „Geburtshelfer“ der DJG Brandenburg in guter Erinnerung behalten und sein Andenken ehren.

Sabine Wenzel
Ehrenvorsitzende der DJG Brandenburg
und Gründungsmitglied



IMPRESSIONUM

DJG notizen Nr. 04-2025
Mitgliederinformation
Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Bundesverband (DJG)

V.i.S.d.P.:
Beatrix Schulze und
Klaus Plottes
(Bundesvorsitzende)

Redaktionsschluss 01-2026
17. März 2026

Redaktion und Fotos:
Andreas Pein (dbb)
Friedhelm Windmüller (dbb)
Sabine Wenzel, Klaus Zallmann
DJG-Mitglieder sowie
namentlich gekennzeichnete
Berichte und der Redaktion
eingereichte Bilder

Layout:
Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

**STARK, WENN'S
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen
erlebst du, weil
wir mit ganzem
Herzen für
dich da sind.**

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.

Handelsblatt

BESTE
Kranken-
versicherer

1. Platz

2025

Debeka

Im Vergleich:
30 Krankenversicherer
ServiceValue GmbH
17.07.2025

Mehr Infos?
Hier scannen!



Debeka

Das Füreinander zählt.



DJG Frauen Brandenburg

Katrin Luther im Dialog mit Sabine Schudoma

Heute sprechen wir mit der Präsidentin des Landessozialgerichts a.D., Sabine Schudoma, einer führenden Stimme im Sozialrecht. Im Mittelpunkt stehen ihre richterliche Perspektive, aktuelle Herausforderungen im Gerichtsalltag, Entwicklungen im Sozialrecht und insbesondere das Thema Frauen in Führungspositionen: Chancen, Barrieren und Lösungsansätze. Wir freuen uns auf Einblicke zur Praxis, zu Reformen im Sozialrecht, zur Vereinbarkeit von Beruf und Führungsverantwortung sowie zur Rolle des Landessozialgerichts in der Gleichstellung und Rechtsdurchsetzung. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, mit uns zu sprechen.

Katrin Luther: Zuerst würde ich gerne etwas über Ihren beruflichen Werdegang erfahren. Stand es von klein auf fest, dass Sie einmal Richterin werden wollten? Waren Ihre Eltern im Bereich der Justiz beruflich tätig?

In meiner Familie gab es niemanden, der in der Justiz tätig war. Meine Eltern waren keine Akademiker. Nach ihren jeweiligen Berufsausbildungen haben beide als Angestellte gearbeitet. Sporadische Berührungen zur Justiz im weitesten Sinne bekam ich, als ich nach dem Abitur zunächst bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (heute: Deutsche Rentenversicherung Bund) meine Ausbildung im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst absolviert hatte. Erst im Referendariat entwickelte sich mein konkreter Wunsch, Richterin zu werden, weil mir die Stationen bei den Gerichten am meisten Spaß machten und ich bereits das erste Staatsexamen mit einem Prädikat abgeschlossen hatte, was zu dieser Zeit für den Eintritt in die Justiz gefordert wurde.

Katrin Luther: Welche Stationen Ihrer Karriere waren für Sie besonders prägend?

Ich möchte mich auf zwei Abschnitte beschränken. Als ich Ende des Jahres 1997 zur Richterin am Landessozialgericht Berlin befördert worden bin, kam ich als Berichterstatterin sogleich in die Senate der damaligen Präsidentin Harthun-Kindl und des damaligen Vizepräsidenten Lösche. Diese Zeit dort war für mich unglaublich lehrreich.

Die Wahl zur Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin im Jahr 2012 war dann die größte Ehre, die mir in meinem beruflichen Werdegang zuteil würde. Dieses Gericht neben meiner Haupttätigkeit als Präsidentin des Sozialgerichts Berlin und dann ab 2017 als Präsidentin des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg zu leiten, die repräsentativen Aufgaben wahrzunehmen und mit den weiteren Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern über die anhängigen Verfahren zu entscheiden, hat mich maßgeblich beeinflusst.

Katrin Luther: Gab es bestimmte Herausforderungen, die Sie als Frau auf Ihrem Weg meistern mussten und wie hat dies Ihre berufliche Entwicklung beeinflusst?

Ich erinnere mich an eine Szene im Jahr 1995 nach dem Ende einer mündlichen Verhandlung, als ich zur Erprobung beim Landessozialgericht Berlin war. Die Vorsitzende war eine Frau, die andere Berichterstatterin ebenfalls und wirklich rein zufällig saßen auf den Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenfalls Frauen als ehrenamtliche Richterinnen. Wir waren also fünf Frauen. Der aus meiner Sicht etwas ältere Rechtsanwalt der Klägerseite, der sich während der Sitzung akkurat verhalten hatte, kam nach der Verkündung des Urteils an die Richterbank, stellte sich vor uns auf und sagte völlig konsterniert: „Dass ich das noch erleben muss.“ Damit meinte er die weibliche Senatskonstellation. Für mich war das eine Schlüsselszene. Mein Ehrgeiz, dass Frauen in der Justiz nicht nur neben Richtern auftreten dürfen, war geweckt.

Katrin Luther: Was war der Ausschlag dafür, in der Sozialgerichtsbarkeit zu arbeiten, war das Interesse an diesem Gerichtszweig von Anfang an da?

Ich wollte nach meiner abgeschlossenen Ausbildung und Berufstätigkeit bei der Rentenversicherung an sich im Bereich der Sozialversicherung nicht mehr arbeiten und etwas anderes ausprobieren. Im Laufe des Referendariats wurde Richterin am Arbeitsgericht. Mein Ziel: Meine Wahlstation leistete ich konsequenterweise dann auch beim Arbeitsgericht Berlin ab. Den Ausschlag für den Perspektivwechsel gab der bereits erwähnte Vizepräsident des Landes-



Sabine Schudoma, Präsidentin a.D. des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg

sozialgerichts Berlin, der im Sommer 1989 bei meiner mündlichen Prüfung für das zweite juristische Staatsexamen mein Prüfungs-vorsitzender war. Er fragte mich während des Vorgesprächs und ein weiteres Mal nach der mündlichen Prüfung, ob ich nicht doch zum Sozialgericht Berlin kommen möchte. Da ich zwischenzeitlich erfahren hatte, dass beim Arbeitsgericht Berlin keine Stelle frei war, habe ich drei Tage meine Situation überdacht und mich schließlich bei dem Vizepräsidenten gemeldet, der über meine Entscheidung sichtlich erfreut war. Wenig später hatte ich die offiziellen Vorstellungsgespräche. Nach der Wende gab es auch beim Arbeitsgericht Berlin wieder viele neue Stellen, doch nun hatte es mir so gut beim Sozialgericht gefallen, dass ich nicht mehr wechseln wollte.

Katrin Luther: Welche Maßnahmen könnten Ihrer Meinung nach dazu beitragen, die Gleichstellung der Geschlechter im Justizwesen weiter voranzutreiben?

Das Instrumentarium ist an sich da. Nach meiner Erfahrung ist es aber nach wie vor so, dass sich Frauen tendenziell weitere Schritte in ihrer Karriere nicht zutrauen oder sich familiär verpflichtet fühlen, nicht in die vordere Reihe zu streben. Führungskräfte müssen daher aktiv Frauen in den Blick nehmen, Entwicklungsgespräche führen und Mut machen. Dies ist eine Daueraufgabe. In diesem Sinn sind auch die Gremien, insbesondere die Gleichstellungsbeauftragten, gefordert. Die zusätzliche Etablierung der richterlichen Gleichstellungsbeauftragten in Brandenburg finde ich zudem eine notwendige und richtige Entscheidung.

Katrin Luther: Wie kann das Landessozialgericht dazu beitragen, die Chancengleichheit für Frauen in der Rechtspflege zu fördern?

Vorbilder sind meiner Meinung sehr wichtig. Insofern hoffe ich, dass ich als erfolgreiche Präsidentin Frauen in der Justiz zeigen konnte, dass sich Familie, Beruf und Karriere nicht ausschließen und es sich lohnt, Schritt für Schritt zu gehen, ohne sich dabei entmutigen zu lassen. Männerbünde gibt es seit je her, Frauen müssen sich auch untereinander vernetzen.

Katrin Luther: Welche Qualifikationen und Fähigkeiten sind aus Ihrer Sicht für die Position einer Präsidentin eines Obergerichts unerlässlich?

Man muss ein unerschütterliches Maß an Durchhaltevermögen haben, belastbar, einsatzbereit und fleißig sein, Freude an der Begegnung und dem Austausch mit der Mitarbeiterschaft haben, sich sachkundig alle wichtigen Themen erschließen und sich auf dem Laufenden halten, offen für Neues sein, vor allem transparent und aufrichtig Entscheidungen treffen, sich reflektieren und beraten lassen sowie stets einen respektvollen Umgang pflegen. Enthusiasmus für die Rechtsprechungsaufgaben gehört ebenso dazu wie ein hohes Maß an fachlichem Wissen der Rechtsgebiete, für die das Gericht zuständig ist. Da man die Gerichtsbarkeit nach außen repräsentiert, ist ein freundliches und offenes Auftreten von Vorteil.

Katrin Luther: Wie sehen Sie die Entwicklung der Sozialgerichte/ des Landessozialgerichts in den kommenden Jahren?

Die schwersten Jahre der Sozialgerichtsbarkeit liegen meines Erachtens erst einmal hinter uns. Dies betraf vor allem die Zeit seit 2005, die mit dem Verzicht auf die frühere Sozialhilfe und dem Systemwechsel mit den völlig neuen Leistungen in den Sozialgesetzbüchern II und XII zum Ausdruck kam. Diese Verfahrensflut hat die Sozialgerichtsbarkeit bewältigt und wir können den Bürgerinnen und Bürgern zeitnah Rechtsschutz gewähren. Dies ist und bleibt elementar wichtig, damit Bürgerinnen und Bürger in den vielen Wechselfällen ihres Lebens – verbunden mit teilweise schweren persönlichen Schicksalsschlägen – rasch juristische Klarheit und Hilfe erhalten.

Aktuell wird über Verschärfungen bei der Inanspruchnahme von Bürgergeld nachgedacht, es wird eine Rentenkommission eingerichtet werden und weitere Überlegungen im Bereich der Sozialgesetzgebung stehen im Raum. Naturgemäß führen gesetzliche Änderungen zu einer verstärkten gerichtlichen Inanspruchnahme. Die Arbeit wird den Sozialgerichten also keinesfalls ausgehen. Die Sozialgerichtsbarkeit steht zudem bereit, künftig die Rechtsgebiete Wohngeld, BAföG, Unterhaltsvorschuss sowie Kinder- und Jugendhilfe neu zu übernehmen, wie es der Koalitionsvertrag im Bund vorsieht.

Katrin Luther: Sehen Sie Veränderungen in der Wahrnehmung und Unterstützung für Frauen in Führungspositionen innerhalb des Justizsystems?

Frauen in Führungspositionen gehören inzwischen ohne Vorbehalte dazu. Es fällt eher negativ auf, wenn es zu wenig weibliche Führungskräfte gibt. Seit weit über einem Jahr hat das Landessozialgericht in Kassel eine erste Präsidentin. Das ist ein weiterer Meilenstein.

Katrin Luther: Welche Botschaft möchten Sie jungen Frauen mit auf den Weg geben, die eine Karriere im juristischen Bereich anstreben?

Denkt nicht zu viel nach, nutzt die verschiedenen Mentoringprogramme der Justiz, seid nicht allzu festgelegt und macht es einfach.

Vielen Dank an die Präsidentin des Landessozialgerichts a. D. für das aufschlussreiche Gespräch. Wir haben heute wertvolle Einblicke in die Praxis des Sozialrechts, aktuelle Entwicklungen und die Rolle von Frauen in Führungspositionen erhalten. Ihre Perspektiven zu Chancen, Barrieren und Lösungsansätzen geben Impulse für Reformen, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Führungsverantwortung sowie eine stärkere Gleichstellung in der Justiz.

Katrin Luther
Vorsitzende der DJG Frauen Brandenburg

AUS DEN LANDESVERBÄNDEN

Hannover. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) Landesgewerkschaft Niedersachsen hat kürzlich ihr 75-jähriges Bestehen mit einem großen Festakt gewürdigt. Das Jubiläum markiert nicht nur einen Meilenstein in der Geschichte der Gewerkschaft, sondern unterstreicht auch die unermüdliche Rolle, die sie seit ihrer Gründung in der Nachkriegszeit für die Bediensteten der niedersächsischen Justiz spielt. Die Feierlichkeiten, die als „starkes Stück Gewerkschaftsgeschichte“ beschrieben wurden, zogen zahlreiche Gäste aus Politik, Justiz und den Reihen des Deutschen Beamtenbundes (dbb) an.

Die DJG Niedersachsen wurde in einer Zeit des Wiederaufbaus und der Neugründung demokratischer Strukturen ins Leben gerufen und hat seitdem maßgeblich die Arbeitsbedingungen und die berufliche Anerkennung ihrer Mitglieder mit gestaltet. Damals wie heute steht die Gewerkschaft für die Interessen der Justizbediensteten – von der Geschäftsstelle über den Wachtmeisterdienst bis hin zu den Rechtspflegern. Ihre Arbeit ist eng mit der Entwicklung der Justiz in Niedersachsen verbunden, die stets unter dem Spannungsfeld von Sparzwängen und der Notwendigkeit einer bürgernahen, effizienten Rechtspflege agiert.

Im Zentrum der Jubiläumsfeierlichkeiten stand eine lebhafte Podiumsdiskussion mit der niedersächsischen Justizministerin Dr.

Kathrin Wahlmann sowie weiteren prominenten Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gewerkschaft. Der Austausch verdeutlichte die aktuellen Herausforderungen: die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs, die Digitalisierung der Justiz (insbesondere die Einführung der e-Akte) und die Sicherstellung attraktiver Arbeitsbedingungen zur Bindung älterer und erfahrener Kollegen.

Die Bundesvorsitzenden der DJG, Beatrix Schulze und Klaus Plattes, überbrachten herzliche Glückwünsche und würdigten die großen Erfolge des Landesverbandes Niedersachsen. Sie betonten die Wichtigkeit einer starken Vertretung für die Justizmitarbeiter in den kommenden Jahren. Insbesondere die jüngsten Erfolge in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes und die Bemühungen um eine bessere Höhergruppierung für bestimmte Berufsgruppen zeigen, dass die DJG als starke Stimme für ihre Mitglieder unverzichtbar ist.

Der aktuelle Landesvorstand unter der Doppelspitze von Torsten Lieberam und Bianca Korbanek hat sich dem Motto „Generationsübergreifend Zukunft gestalten, gemeinsam machen wir Justiz!“ verschrieben. Dieses Motto spiegelt die Herausforderung wider, die Tradition der Gewerkschaftsarbeit fortzuführen und gleichzeitig die Justiz fit für die Zukunft zu machen. Die DJG Niedersachsen setzt sich

weiterhin engagiert für eine gut ausgestattete Justiz ein, die ihre wichtige Rolle als dritte Säule der Demokratie verantwortungsvoll wahrnehmen kann. Mit Blick auf die nächsten 75 Jahre bleibt die DJG ein wichtiger Motor für eine gerechte und moderne Arbeitswelt innerhalb der niedersächsischen Justiz.

Torsten Lieberam und Bianca Korbanek, Vorsitzende der DJG Landesgewerkschaft Niedersachsen, über die größten Erfolge der vergangenen 75 Jahre:

„75 Jahre DJG Niedersachsen – das ist eine Geschichte der Beharrlichkeit und der gelebten Solidarität. Wenn wir auf die größten Erfolge zurückblicken, dann stehen sie immer im Zeichen der Menschen, die unsere Justiz am Laufen halten.“

Einer der wichtigsten Errungenschaften ist die dauerhafte Sicherung und Verbesserung der Besoldungs- und Tarifstrukturen für alle Beschäftigtengruppen. Ob es die hart erkämpften Erfolge in den Tarifrunden waren oder die Durchsetzung fairer Höhergruppierungen für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Geschäftsstellen – wir haben es geschafft, die materielle Wertschätzung für die anspruchsvolle Arbeit in der Justiz zu steigern.

Ebenso entscheidend war unser Engagement für die personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften. In den 70er und 80er-Jahren kämpften wir gegen massive Personalabbaupläne und konnten in jüngster Zeit eine Trendwende hin zu mehr Nachwuchsgewinnung mitgestalten. Die Justiz muss zukunftsfähig sein. Das bedeutet heute die Digitalisierung – von der e-Akte bis zu moderner Büroausstattung – nicht nur zu begleiten, sondern aktiv im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzugestalten, damit die Belastung sinkt und nicht steigt.

Doch der größte Erfolg ist und bleibt die innere Stärke und Geschlossenheit unserer Gewerkschaft. Über sieben Jahrzehnte hinweg ist es uns gelungen, eine Plattform für den vertrauensvollen Austausch zu schaffen und die verschiedenen Fachbereiche – von Wachtmeister bis Rechtspfleger – unter einem Dach zu vereinen. Diese starke Gemeinschaft ist die Basis, um auch in den nächsten Jahrzehnten die Herausforderungen der niedersächsischen Justiz erfolgreich zu meistern.“

Torsten Lieberam
DJG Niedersachsen

75 JAHRE DJG NIEDERSACHSEN





Bilder oben: Klaus Plattes (rechts) dankt NRW-Justizminister Dr. Limbach (links) für die Rücknahme der Stellensperrungen im Haushaltsjahr 2026 - hier im Vorfeld zu der Demo der DJG vor der Justizministerkonferenz in Leipzig.

Erfolg für die Beschäftigten in NRW – Geplante Stellensperrungen werden zurückgenommen

Die Landesregierung NRW nimmt die im Haushaltsentwurf 2026 vorgesehenen Stellensperrungen in der Justiz vollständig zurück. In der Drucksache 18/16300 heißt es: Zur Entlastung des Justizpersonals werden die geplanten Sperrungen von 236 Stellen aufgehoben.

Dieser Erfolg ist das Ergebnis des gemeinsamen Engagements der Justizbediensteten und des entschlossenen Einsatzes der DJG NRW. Ein offener Brief an Ministerpräsident Wüst und Justizminister Limbach sowie eine offizielle Protestnote der DJG NRW haben maßgeblich dazu beigetragen.

„Mit Leidenschaft und Geschlossenheit haben wir klargemacht: Wer an der Justiz spart, riskiert Stillstand und Überlastung. Dank der breiten Unterstützung musste die Landesregierung einlenken!“, betont Landesvorsitzender Klaus Plattes. Besonders im OLG-Bezirk Düsseldorf müssen nun auch die bereits umgesetzten Einschränkungen – etwa bei Teil- und Elternzeit – zurückgenommen werden.

Die DJG NRW hatte im September eine Online-Aktion gestartet, in der zahlreiche Beschäftigte ihren Protest gegen die Sparmaßnahmen zum Ausdruck brachten. Dieses Stimmungsbild bildete die Grundlage der erfolgreichen Verhandlungen und dankt allen Kolleg:innen, die sich an der digitalen Aktion und bei der symbolischen Protestaktion im Kölner OLG beteiligt haben. Nun gilt es, die Justiz nachhaltig zu stärken – durch ausreichende Mittel, neue Stellen und die konsequente Umsetzung des „Pakts für den Rechtsstaat 2.0“.

DJG NRW Landesvorstand

Dialog mit SPD in Recklinghausen: Volker Fritz trifft MdB Frank Schwabe

Am 15. November 2025 nutzte der stellvertretende Landesvorsitzende der DJG NRW, Volker Fritz, die Gelegenheit zu einem persönlichen Austausch mit Frank Schwabe (SPD), Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I. Schwabe hatte zu einer offenen Bürgersprechstunde auf dem Marktplatz Ickern in Castrop-Rauxel eingeladen.

Der Abgeordnete ist bereits seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit diesem Jahr Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz. Das Treffen bot somit eine ideale Gelegenheit, aktuelle Themen aus der Justiz direkt anzusprechen.

In dem Gespräch ging es unter anderem um die Streitwertreform, den Pakt für den Rechtsstaat und die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung im Justizbereich. Auch Fragen des Verbraucherschutzes fanden ihren Platz – insbesondere im Hinblick auf die Schuldnerrechte und geplante Schuldenreform. Hier konnte Kollege Fritz mit seiner langjährigen Erfahrung als Kostenbeamter in der Insolvenzabteilung wertvolle Praxisperspektiven einbringen. Beide vereinbarten, den Dialog fortzusetzen, um den Austausch zwischen Politik und Justizpraxis auch künftig zu vertiefen.

DJG NRW Landesvorstand



Frank Schwabe, MdB für die SPD, im Gespräch mit dem stellvertretenden NRW-Landesvorsitzenden für den Bereich LBG 1.2 / 2.1, Volker Fritz (V.l.n.r.)



Ausflug in die Vorderpfalz

Am 12.09.2025 fand unser diesjähriger Gewerkschaftsausflug statt. Erneut verschlug es uns in die Pfalz, nach Offenbach an der Queich (bei Landau). Nach einer Frühstückspause auf halber Strecke ging es weiter in die Pfalz.

Dort erwarteten uns zwei mit Traktoren gezogene Planwagen, die uns durch die schöne Vorderpfälzer Landschaft kutscherten und letztlich mitten in den Weinbergen Halt machten. Wie auch schon zuvor während der Fahrt und auf der Rückfahrt gab es mehrere Weinsorten zum Probieren, sei es pur oder als Schorle. Für Nichtweintrinker standen auch andere Getränke zur Verfügung. Daneben verpflegten wir uns dort selbst mit Lyoner und Weck. Beste Stimmungsmusik rundete die Sache ab.

Nachdem wir mit ein paar geleerten Weinflaschen und ausgelassener Stimmung zurück am Ausgangspunkt angekommen waren, ging es mit unserem Bus weiter zum Landgasthof „Am Teufelstisch“ nach Hinterweidenthal, wo uns das jeweils vorbestellte Essen serviert wurde. Der Rückweg verlief dann zu den jeweiligen Zustiegsorten über Saarbrücken und Sotzweiler nach Marpingen. Ein rundum gelungener Tag bei wirklich allerbester Stimmung wird uns allen lang im Gedächtnis bleiben.

Schön ist immer wieder, dass viele Kolleginnen und Kollegen von Anwärtern über Aktive bis zu Pensionären aus allen saarländischen Justizbehörden zusammenfinden und auch mal privat oder gerichtsübergreifend miteinander fachsimpeln oder einfach nur Spaß haben können. Die Kollegialität und gute Laune darf nämlich bei unserer hohen Arbeitsbelastung nicht zu kurz kommen oder auf der Strecke bleiben.

Dirk Biegel
Landesvorsitzender



Jahreshauptversammlung 2025

Am 28.11.2025 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Saar mit Neuwahlen des Vorstandes statt. Der Landesverbandsvorsitzende Dirk Biegel begrüßte alle Anwesenden recht herzlich, besonders den Bundesvorsitzenden der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Klaus Platten, der einen kleinen Blick auf die Justiz richtete..

Insgesamt waren 37 Mitglieder der Einladung gefolgt. Nachdem Jürgen Hettrich für die Kassenprüfer den Bericht erstattete, wurde der Vorstand bei eigener Enthaltung entlastet. Auf den nichtöffentlichen Teil mit Neuwahlen folgte der öffentliche Teil mit einer Gedenkminute für unseren getöteten Kollegen in Bexbach. Der Übergang zum Tagesgeschäft fiel allen sehr schwer.

Der Landesverbandsvorsitzende begrüßte sodann die Gäste: Staatssekretär Dr. Jens Diener, Bundesvorsitzender der DJG Bund Klaus Platten, Vorsitzender dbb Saar Sascha Alles sowie als Vertreterin der SPD Landtagsfraktion Nadia Schindelhauer. Am Ende der Versammlung dankte der Vorsitzende allen für das Erscheinen und lud zum Gesprächsaustausch bei Getränken und „Häppchen“ ein.

Wir gratulieren dem neuen geschäftsführenden Vorstand: sowie unseren neuen Landesehrenmitglieder Thomas Rudy und Bruno Rauber. Auf eine gute Zusammenarbeit!

Lena Reichert
DJG Saar



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommensschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de



Seite 20

Termine 2026

11.01. - 13.01.26	dbb Jahrestagung	Köln
13.03. - 14.03.26	Bundeshauptvorstand	Königslutter
16.04. - 18.04.26	Bundesjugendtag	Koblenz
27.04. - 30.04.26	FB Menschen m. Behinderung	Königslutter
04.05. - 07.05.26	FB Senioren	Saarbrücken
11.06.26	DJG Sommerfest	Berlin
02.07. - 04.07.26	FB Mittlerer Dienst	Brandenburg
06.07. - 08.07.26	FB Justizwachtmeisterdienst	Eisenach
17.09. - 19.09.26	Bundestarifkommission	Bad Vilbel
24.09. - 26.09.26	FB Rechtspfleger	Bad Salzschlirf



DJG.DE